

Anmerkung der SGV :

Auch wenn der **Verfassungsschutz** die **Einstufung der AfD** als "gesichert rechtsextremistisch" vorerst ausgesetzt hat bleibt das Thema in aller Munde.

Anlass war die Klage der betroffenen Partei gegen die Einstufung.

Doch der Verfassungsschutz hat seine Einstufung nicht zurückgenommen, wie es uns oftmals Glauben gemacht werden soll.

Von daher bleibt dieser Artikel auch weiter hoch brisant und aktuell. Wenn auch vielleicht nicht nur speziell die AfD betreffend, sondern aus Prinzip. Denn es kann heute jeden treffen.

Auszüge aus einem Artikel von Sozialforscher Andreas Herteux
für Fokus – online vom 06.05.2025

Vorab über Andreas Herteux:

Andreas Herteux ist ein deutscher Wirtschafts- und Sozialforscher, Publizist und der Leiter der Erich von Werner Gesellschaft.

Warum die AfD-Einstufung kein Alibi für schlechte Politik werden darf

Die Einstufung der Alternative für Deutschland (AfD) als gesichert rechtsextrem sowie deren Folgen wird voraussichtlich einen tiefgreifenden Einfluss auf die künftige gesellschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland nehmen. Die Konsequenzen sind schwer kalkulierbar und könnten den demokratischen Niedergang eher beschleunigen. Es gilt zwingend, klug, konstruktiv und pragmatisch zu handeln – denn jede unbedachte Fehlentscheidung kann das fragile System innerhalb weniger Jahre ins Wanken bringen.

Hat die Einstufung als gesichert rechtsextrem für Partei und Mitglieder Konsequenzen?

Die Einstufung durch den Verfassungsschutz hat nicht nur für die Partei, sondern auch für Deutschland massive politische sowie gesellschaftliche Chancen und Risiken.

Beginnen wir mit den unmittelbaren rechtlichen Folgen. Juristisch betrachtet ergeben sich aus der Statusänderung zunächst keine Konsequenzen im Sinne eines Parteiverbots. Sie erlaubt dem Nachrichtendienst jedoch eine intensive Überwachung, etwa den Einsatz verdeckter Ermittler oder die rechtskonforme Analyse der Kommunikationswege.

Für Beamte und Staatsdiener kann die Mitgliedschaft in der AfD künftig nachteilig sein, da sie keiner extremistischen Organisation angehören dürfen.

Die Folgen könnten Disziplinarverfahren, Suspendierungen, Nichtverbeamtungen oder Entlassungen sein. Kritisch könnte es auch im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit verbundener Vereine oder bei Fördermitteln aus öffentlichen Quellen für parteinahe Organisationen werden.

Droht der AfD nun ein Parteiverbot?

Die Einstufung ist klar von einem Verbot zu trennen. Ein solches kann nur das Bundesverfassungsgericht nach intensiver Prüfung aussprechen. Ein Verfahren, das ausschließlich von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung angestoßen werden kann, würde Jahre dauern. Es ist unwahrscheinlich, dass es vor der nächsten Bundestagswahl abgeschlossen wäre. Ein AfD-Verbotsverfahren wäre wohl ähnlich komplex und langwierig wie das gegen die KPD, das sich von 1951 bis 1956 hinzog. Auch dessen Ausgang war ungewiss.

Welche politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind zu beachten?

Immer wieder entsteht der Eindruck, dass große Teile der politischen Kräfte die gesellschaftlichen Wirklichkeiten nicht kennen – oder diese lediglich für eine temporäre Normabweichung halten, die sich mit überschaubarem Aufwand korrigieren lässt.

Die Vorstellung, es gäbe eine „gesellschaftliche Mitte“, von der bestimmte Gruppen abweichen, ist ein Relikt aus einer Zeit, in der breite Mehrheiten ähnliche Lebensrealitäten, Mediennutzung und politische Grundhaltungen teilten. Diese ist vorbei.

Politik, die weiterhin versucht, nur eine bestimmte Klientel anzusprechen oder andere als „abweichend“ zu problematisieren, trägt aktiv zur Entfremdung und Spaltung bei. Was es braucht, ist ein Bewusstsein für diese Gleichzeitigkeit – und die Fähigkeit, auf mehreren Bühnen gleichzeitig zu kommunizieren und zu gestalten.

Was sollten die Parteien tun, um die Wähler für sich zu gewinnen?

Das lässt sich kurz und knapp in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Inhaltlich: Konstruktiver Pragmatismus
2. Neue Köpfe – glaubwürdige, unverbrauchte politische Persönlichkeiten
3. Anerkennung der gesellschaftlichen Fragmentierung als Realität, nicht als Störung
4. Ein neues, verbindendes Narrativ jenseits klassischer Lager
5. Moderne, zielgruppengerechte Kommunikation – auch in digitalen Räumen

Das ist leichter gesagt als getan. Es wäre ein struktureller Kulturwandel, aber die Situation ist ernst – es steht viel auf dem Spiel. Im Grunde genommen alles.

Abschließend ist zu bemerken,

dass die **SGV** diese 5 Punkte im Grunde erfüllt.

Die Etablierung der direkten Demokratie als Voraussetzung für Veränderungen bringt nicht nur den geforderten Pragmatismus, der schon durch die „Entmachtung der Politik als allumfassendes Bestimmungsorgan“ gegeben ist.

Dadurch, dass die SGV eine Partei ist, die nicht aus dem bestehenden politischen System entstanden ist, sondern von Bürgern für Bürger geführt wird, sind auch die neuen, unverbrauchten Köpfe vorhanden.

Die Anerkennung der gesellschaftlichen Fragmentierung, also die zu einer Demokratie dazugehörigen Meinungsverschiedenheit, ist Bestandteil unseres Wirkens. Zwar obliegen die Entscheidungen in einer direkten Demokratie immer noch der Mehrheit, jedoch bedeutet das nicht, dass Minderheiten oder andere Meinungen keine Berücksichtigung finden.

Die SGV kennt nur ein politisches Lager und dieses befindet sich weder Links noch Rechts. Unser politisches Lager ist der Bürger mit all seinen Wünschen, Hoffnungen und Problemen.